

■ Profil durch Kultur

Hamburgs Kulturpolitik mit neuen Impulsen

Nach den Wahlen im Februar 2008, bei denen in Hamburg die erste schwarz-grüne Landesregierung in der Geschichte Deutschlands gewählt wurde, stehen der Kulturpolitik der Hansestadt spannende Zeiten bevor. Natürlich stellte sich zunächst die Frage, wie die Konzepte der beiden Parteien zusammenpassen, aber gerade im Bereich der Kulturpolitik lassen sich viele Gemeinsamkeiten finden. Zudem gab es bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Kulturbereich eine enge fraktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen CDU und GAL.

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte einmal: »Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und vielgestalteter Mischwald. Er leistet seinen Beitrag zur lebensnotwendigen Frischluft.« Dieser Satz könnte einem auch in den Sinn kommen, wenn man sich die kulturpolitischen Ziele der Hansestadt Hamburg ansieht.

Kultur und Kreativität sind eine Bereicherung für jeden, und daher ist es wichtig, möglichst allen den Zugang zu diesem Bereich zu ermöglichen, sowohl den Bürgern als auch den Besuchern der Stadt. Viele Touristen kommen wegen des vielfältigen kulturellen Angebots nach Hamburg, um eine der zahlreichen Institutionen zu besuchen: Theater, Museen, Musikclubs, Szeneviertel – für jeden ist etwas dabei. Ausgewählte Bereiche zu profilieren und gleichzeitig die Fülle zu erhalten, ist ausdrückliches Ziel der Hamburger Regierung.

Der Bau der Elbphilharmonie als neues, kulturelles Wahrzeichen der Stadt Hamburgs, ist wahrscheinlich das bekannteste Vorhaben der Hansestadt. In der ganzen Welt warten Musikbegeisterte schon gespannt darauf, dass

der Spielbetrieb beginnt und sie ein Konzert in dem neuen Gebäude hören können. 2011 soll die Elbphilharmonie eröffnen, mit dem Ziel, sich zu einem der zehn besten Konzerthäuser der Welt zu entwickeln.

Die Elbphilharmonie ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur »Musikstadt Hamburg.« Unter dieses Schlagwort fasst der Koalitionsvertrag von CDU und GAL zahlreiche Maßnahmen, die die Weichen stellen, damit sich Hamburg innerhalb der nächsten Jahre als international beachtete Musikmetropole weiter entwickelt. Dabei geht es beiden Parteien um das übergeordnete Ziel, mit dem musikalischen Angebot alle Bürger zu erreichen. Schon jetzt gibt es im Bereich Musik viele Projekte, an denen die Koalition festhalten bzw. die sie vertiefen wird. Musikpädagogische Projekte, wie etwa die Einbindung von Musikern in den Schulunterricht und das generationsübergreifende Projekt *Canto Elementar*, bei dem Senioren mit Kindergartenkindern singen, gehören ebenso dazu wie die Förderung der einzigartigen Hamburger Musikclub-Szene mit über 100 Clubs.

Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren auch viele neue Ideen hinzugekommen, die von beiden Parteien begrüßt werden und die mit geeigneten Maßnahmen unterstützt werden sollen. Dazu gehören etwa private Pläne für den Bau einer Konzerthalle für Popmusik und die Idee zu einem spartenübergreifenden Hamburger Kultur-Festival, bei dem der Schwerpunkt auf dem Bereich Musik liegen wird.

Es weht ein frischer Wind durch die Hamburger Musiklandschaft und das ist sehr zu begrüßen. Doch muss auch auf den Grund hingewiesen werden, auf dem all diese Innovationen gedeihen: Ohne die jetzt schon eta-

blierten Institutionen und Orchester wäre es nicht möglich gewesen, die Vision von einer Musikmetropole derart zu entwickeln und voranzutreiben. Auch folgender Tatsache soll in den nächsten Jahren Rechnung getragen werden: Stipendien, Fonds und weitere Maßnahmen sollen dafür sorgen, das musikalische Angebot der Hansestadt aufrecht zu erhalten und nachhaltig zu unterstützen.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich Hamburg zu einer Modellregion für Kinder- und Jugendkultur entwickelt: Viele Projekte, von Leseförderung im Kleinkindalter bis zu »Community Dance« an Schulen, wurden ins Leben gerufen und erreichen einen großen Teil der jungen Hamburger. Dass Hamburg auf dem richtigen Weg ist, wurde im Dezember 2007 durch eine Studie der Universität Hildesheim belegt. Natürlich sind derartige Projekte nicht nur für die Dauer einer Legislaturperiode angesetzt, sondern es geht darum, sie auf Dauer in der Stadt zu etablieren und weiterzuentwickeln. Deshalb sieht auch der Koalitionsvertrag eine Fortführung des Weges vor, der bereits eingeschlagen wurde.

Ein weiterer wichtiger Schritt war in den letzten vier Jahren die Reform der staatlichen Museen. Jetzt folgen die Privattheater: Im Januar 2007 wurde eine Expertenkommission damit beauftragt, die Hamburger Privattheaterszene zu evaluieren. Dieses Verfahren ist nun abgeschlossen und der Kulturbehörde wurde von der Kommission ein Empfehlungsbericht vorgelegt, der dabei helfen soll, die Theater in den nächsten Jahren gezielt zu fördern und die Vielfalt der über 30 Privattheater, die Hamburgs Theaterszene ausmacht, zu wahren.

Was für den Bereich Musik gilt, trifft auch insgesamt auf die Kultur in Hamburg zu: Die Zielsetzung der Hamburger Regierung beschränkt sich nicht darauf, die sogenannten Leuchtturm-Projekte zu unterstützen, die weit über Hamburg hinaus erstrahlen. Vielmehr ist das Bestreben, dass jeder Hamburger sich mit der Kultur in seiner Stadt identifizieren kann. Im Koalitionsvertrag ist daher auch die Stadtteilkultur berücksichtigt: Kulturzentren und Stadtteilstellen sollen erhalten und gefördert werden, denn sie sind Orte, an denen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen der Hamburger aufeinander treffen und gemeinsam Kultur erleben.

Dass die ehemalige Kulturbehörde unter der jetzigen schwarz-grünen Koalition zu ei-



OLAF SCHWENCKE
**Das Europa der Kulturen –
 Kulturpolitik in Europa**

Dokumente, Analysen und Perspektiven von den Anfängen bis zur Gegenwart

Zweite, ergänzte und aktualisierte Auflage
 ISBN 3-88474-957-9 • 400 Seiten • broschiert • 17,00 Euro
 Kulturpolitische Gesellschaft e.V. / Klartext Verlag 2006
 (Edition Umbruch Nr. 14)

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstr. 59a, 53113 Bonn, T 0228-201 67-0 • F 0228-201 67-33, post@kupoge.de, www.kupoge.de

ner Behörde für Kultur, Sport und Medien entwickelt wurde, ist in jeder Hinsicht als Gewinn für Hamburg zu verstehen. Die Medien spielen in Hamburg eine wichtige Rolle, Hamburg wird mit gutem Recht Medienhauptstadt genannt. Diese Position auch international zu festigen, ist ein wichtiges Ziel der Koalition. Doch unter dem Zusatz »Medien« birgt sich darüber hinaus die gesamte Kreativwirtschaft, zu der auch die Kulturwirtschaft gehört. Allein in der reinen Kulturwirtschaft sind in Hamburg 30.000 Menschen tätig, im Medien- und IT-Bereich 110.000. So ist die Bedeutung der Kreativwirtschaft inklusive der Medien- und IT-Branche für Hamburg mit der Hafenvirtschaft vergleichbar. Dass mit der neuen Behördenstruktur die Kultur und die eng mit ihr verzahnten kreativen Wirtschaftszweige offiziell zusammengehören, wird Hamburgs Position als kreative Stadt sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich weiter stärken.

Die Kombination von Sport und Kultur mag auf den ersten Blick verwundern, aber wenn man die Struktur dieser Politikbereiche betrachtet, entdeckt man viele Ähnlichkeiten und Schnittstellen und damit das große Potenzial, in dem die beiden Bereiche voneinander profitieren und lernen können. Kultur und Sport sind nicht reine Freizeitvergügen, sie übernehmen wichtige Funktionen innerhalb der Gesellschaft. Das zeigt sich insbesondere an ihrem Beitrag zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade diese Arbeit wird in den nächsten Jahren immer wichtiger werden, denn bereits jetzt hat etwa die Hälfte der Hamburger Jugendlichen unter 18 Jahren einen so genannten Migrationshintergrund. Aus diesem Grund ist es uns besonders wichtig, im Bereich Kinder- und Jugendsport Vorbildcharakter zu erlangen, so wie es in der Kinder- und Jugendkultur bereits gelungen ist. Einen ersten hervorragenden Beitrag dazu leistet beispielsweise die Initiative »Kids in die Clubs«, die auch Kindern aus einkommensschwachen Familien die Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglicht.

Kultur und Sport haben viele Gemeinsamkeiten. In beiden Bereichen gibt es Leuchtturmprojekte – im Sport den Leistungssport und in der Kultur die national und international strahlenden Häuser und Projekte. Auf der anderen gibt es natürlich den Humus – im Sport den Breitensport und in der Kultur die Stadtteilkulturarbeit. All diese Dinge sollen in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft gefördert werden, wobei es dabei oft gar nicht unbedingt nur um mehr Geld geht, sondern insbesondere auch um die Förderung von guten Ideen, Netzwerken und Strategien.

Karin v. Welck

■ Theater – Enquetebericht – digitale Bibliothek

Aus dem Kulturausschuss des Deutschen Städtetag

Am 8./9. Mai 2008 hielt der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages seine 132. Sitzung in Celle ab, auf der unter anderem folgende Themen erörtert wurden:

Gehaltserhöhungen bei den Theatern

Rolf Bolwin, Direktors des Deutschen Bühnenvereins, gab einen Bericht über die jüngst vereinbarten Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, dem der Normalvertrag Bühne für die künstlerisch Beschäftigten aufgrund von Anpassungsklauseln folgen werde, und die damit auch auf die Theater und Orchester zukommenden Bruttosteigerungen der Gehälter in den neuen Ländern bis 2009: 11 Prozent in den neuen, und immerhin noch 8 Prozent in den alten Ländern. Es sei zu bedenken, dass es zwar für einzelne Theaterbetriebe Deckelungsvereinbarungen gebe und auch gesonderte Haustarifverträge zum Teil bereits jetzt Lohnkürzungen von 10 Prozent und mehr vorsähen, doch sollten alle Theaterbediensteten von diesen Lohnerhöhungen profitieren, und insbesondere dürften die künstlerischen Mitarbeiter nicht schlechter gestellt werden als die nicht-künstlerischen. Die Verwaltungen der Theater hätten zusätzliche Belastungen in dieser Höhe (in der Regel) nicht vorhergesehen. Er appellierte an die Träger der Theater, die Tariflandschaft in Deutschland im Theaterbereich nicht weiter auseinanderlaufen zu lassen. Weitere Kürzungen beim Beschäftigungsstand seien nicht mehr zu verkraften. Bisher seien bereits 6.000 Stellen abgebaut worden.

Der Ausschuss sieht die Problematik und verweist darauf, dass die Haushaltslage in den theatertragenden Städten durchaus nicht einheitlich sei. Dennoch müssten die Gehaltserhöhungen ab Januar 2008 finanziert werden. In einer Reihe von Städten würden die zusätzlichen Personalausgaben der Kultureinrichtungen durch eine entsprechende Erhöhung der Zuschüsse abgedeckt. In diesem Sinne appelliert der Kulturausschuss an die Träger der kommunalen Theater und Orchester, die Tarifentwicklung in diesem Bereich nicht von der Entwicklung der Vergütungen im öffentlichen Dienst der Städte abzukoppeln.

Schlussbericht der Enquete-Kommission

Der Ausschuss hat sich in einer ersten Diskussion dem Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« gewidmet und ihn grundsätzlich als wichtigen Beitrag für die Fortentwicklung der Kulturpolitik in Deutschland und insbesondere für

die Weiterentwicklung der kommunalen Kulturpolitik bewertet. Er hat dabei besonders gewürdigt, dass eine ganze Reihe von Handlungsvorschlägen vorgebracht wurde, die der Bund in eigener Zuständigkeit hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Künstler, Kunst und Kulturförderung regeln kann. Diese betreffen vor allem das Urheber- und Gemeinnützigkeitsrecht und das Hervorheben der Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Kultursektor. Bedauert wurde, dass nach der Föderalismusreform I die Umsetzung von zahlreichen Handlungsempfehlungen in die Kompetenz der Länder fallen und insoweit nur dann Wirksamkeit entfalten können, wenn sie tatsächlich von den Ländern aufgegriffen werden beispielsweise die Schaffung von neuen Rechtsgrundlagen und teilweise die Einrichtung von Bundeszentralen bzw. Bundesagenturen.

Große Zustimmung fanden die Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die Wahrnehmung von Kulturinteressen im europäischen Raum und bei Verhandlungen der WTO. Sie betreffen teilweise den Bund und teilweise die Länder.

Eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen betrifft Aufgabenstruktur und Organisation von Einrichtungen der Städte. Hierzu gehören Vorschläge, die der Stärkung der kulturellen Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen dienen und eine Flexibilisierung der Steuerung ermöglichen. Bei der Aussprache über Fragen der Beschreibung einer »notwendigen« kulturellen Infrastruktur in den Städten bekannte sich der Ausschuss ausdrücklich zum von der Enquete-Kommission vorgeschlagenen Drei-Sektoren-Modell. Inwieweit der von der Enquete-Kommission propagierte »Governance-Ansatz« tragfähig ist, bedarf der weiteren Erörterung.

Eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, eine Stellungnahme zu den kommunalrelevanten Handlungsempfehlungen zu fertigen, die dem Präsidium des DST zum Beschluss vorgelegt werden soll.

Darüber hinaus wurde das im Entwurf vorliegende Eckpunktepapier von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung einer digitalen Bibliothek im Rahmen der »Europeana« (www.europeana.eu) gebilligt. Vorgeschlagen wird, auch kommunale Experten in das noch zu bildende Kompetenznetzwerk zu entsenden, um bereits in einer frühen Phase kommunalen Sachverständigen einzubringen.

Raimund Bartella